

neuen Vereinigungen ihre Ziele in loyalem Kontakt mit der kirchlichen Autorität anstreben müßten.

Die hier hervortretenden, noch nicht ausgetragenen Spannungen lassen deutlich werden, worum es auch nach der Sondersynode und durch ihre Ergebnisse noch verstärkt in der niederländischen Kirche letztlich geht: Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht das *Kirchen- und Amtsverständnis*. Nicht umsonst widmete Kardinal Willebrands den größten Teil seines Briefes vom 25. April diesem Thema. Er versuchte den Vorwurf zurückzuweisen, das Kirchenbild, wie es im Schlußdokument der Synode durchgängig zum Ausdruck kommt, widerspreche den Aussagen des Zweiten Vatikanums. Wo die Kritik einer Verdunkelung der Einsicht in die Sakramentalität von Kirche und Amt entstamme, berühre sie die Grundlagen des katholischen Glaubens. Es sei verständlich, daß man so in Gegensatz zur traditionellen Lehre über das Verhältnis von Bischöfen, Priestern und Laien gerate.

Diese Passagen im Brief des Kardinals zeigen auch, wie *schwierig* sich die Situation für die offen-gesprächsbereite Mehrheit im niederländischen Episkopat gerade nach der Synode ausnimmt: Einerseits sind die Bischöfe gehalten, Bestimmungen in die Tat umzusetzen, über die sie teilweise, wie zahlreiche Aussagen der letzten Mo-

nate belegen, trotz ihrer Zustimmung in Rom ganz und gar nicht glücklich sind. Andererseits müssen und wollen sie sich aber, wobei hier die Akzente bei den einzelnen Bischöfen etwas unterschiedlich gesetzt werden, bei aller Dialogbereitschaft und bei allem Willen zur Fortführung ihrer theologisch-pastoralen Grundlinien gegenüber Strömungen und Positionen abgrenzen, die in das katholische Kirchenverständnis auch bei offener Auslegung nicht mehr integrierbar sind. Dazu kommen unmißverständliche, auf Klärung dringende *Signale aus Rom*: Johannes Paul II. hatte in seinem Brief an die niederländischen Bischöfe vom 2. Februar (vgl. HK, März 1981, 160) diese deutlich zur Ausführung der Synodenbeschlüsse ermahnt, die „uns vor Gott und der Kirche im Gewissen binden“. Gleichzeitig erinnerte der Papst vor allem an die vom Schlußdokument urgierte Unterscheidung der Aufgaben von Priestern und Laien.

Es ist für die gegenwärtige Situation der niederländischen Kirche bezeichnend, daß in den letzten Wochen gelegentlich das Stichwort fiel, eine *neue Synode* könnte angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten notwendig werden. Nichts könnte besser deutlich machen, wie wenig bisher die Sondersynode die Bewältigung der innerkirchlichen Krisenerscheinungen hat befördern können. *U. R.*

Seite aus, müßte, das wird in dem Papier eingeräumt, die gesamte Strategie zum Erliegen kommen. Das Konzept „setzt darauf, daß durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen (die die Verteidigungsfähigkeit und Mindestabschreckung nicht gefährden) Ängste und Mißtrauen abgebaut werden und dadurch immer mehr Probleme in Verhandlungen erfolgreich bearbeitet werden können“. Und es setzt ferner darauf, daß sich „kein Land und kein Bündnis auf Dauer einer erkennbar veränderten Grundeinstellung seines Gegners entziehen kann“. Um diese Strategie voranzutreiben, werden drei Schritte von recht unterschiedlichem militärstrategischem Gewicht vorgeschlagen:

1. Die Bundesregierung soll einer Stationierung von mehr oder von moderneren Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zustimmen und im Bündnis darauf hinwirken, daß vorhandene Potentiale vermindert werden. Damit soll gegenüber dem Osten auf ein erhöhtes Angriffspotential verzichtet und der Wunsch des Westens nach Entspannung und Abrüstung glaubhafter gemacht werden.
2. Die eigenen Streitkräfte sollen so *umgerüstet* werden, daß sie zwar das eigene Territorium wirksam verteidigen, aber zu einem Angriff über die Grenzen des eigenen Landes hinaus „strukturell unfähig“ werden. Zur Begründung wird angeführt, die Minderung der Furcht vor einem Angriff des Gegners sei eines der wirksamsten Mittel der Kriegsverhütung. Abbau der Angst werde aber mehr noch als durch Verminderung der Waffenzahl und -stärke durch solche Umrüstung auf rein defensive Aufgaben erreicht. Beispielsweise sollen Panzerverbände allmählich durch kleinere Einheiten mit Präzisionslenkwaffen zur Panzerbekämpfung ersetzt werden. Von einer solchen Umrüstung versprechen sich die Autoren drei Vorteile: die Wahrscheinlichkeit massiver atomarer Schläge des Ostens gegen die Bundesrepublik würde verringert; der Westen werde nicht mehr länger genötigt, Atomwaffen zuerst einzusetzen bzw. mit deren Einsatz zu drohen; wegen fehlender Eignung zur Offensive würde die defensive Absicht der west-

## Schrittweise Abrüstung: auf welchen Wegen?

Anfang Mai veröffentlichte eine im Umkreis des Heinrich-Pesch-Hauses (Ludwigshafen) und der Evangelischen Akademie Arnoldshain angesiedelte Arbeitsgruppe ein Papier „Schritte zur Abrüstung“. Die Gruppe, der außer den Akademieleitern auch eine Reihe von Journalisten angehören, will die Abrüstungsdiskussion in den Kirchen beleben und diese selbst „strategisch“ in ein neues Stadium führen.

Kernthese des Papiers ist das auch anderswo mehrfach ventilerte Konzept einer „*gradualistischen Abrüstungsstrategie*“. Gemeint ist damit ein Abrü-

stungskonzept, das weder unmittelbar noch stufenweise auf Rüstung überhaupt verzichtet, wohl aber eine Verminderung der Rüstung durch einseitige Schritte vorsieht. Sie geht von der Bewahrung einer, wie die Autoren schreiben, ausreichenden, zur Zeit auch noch nuklearen Abschreckungskapazität aus, die so groß sein muß, daß der Angriff des Gegners zu einem nicht kalkulierbaren Risiko wird. Aber man verzichtet *bewußt* auf militärisches Gleichgewicht in der Hoffnung, daß der Gegner ebenfalls mit Schritten zur Abrüstung reagiert. Blieben die erhofften Reaktionen auf der anderen

lichen Sicherheitspolitik *aus sich selbst heraus* glaubwürdig.

3. Es soll ein striktes Verbot von Rüstungsexporten in Gebieten außerhalb der NATO erwirkt und eine schärfere parlamentarische Kontrolle dieses Verbots mit entsprechender strafrechtlicher Verfolgung erreicht werden. Es sei politisch gegen die eigenen langfristigen Sicherheitsinteressen und ethisch unverantwortlich, wenn die Industrieländer mit ihren Waffenproduktionen die Militarisierung der Dritten Welt förderten und daran verdienten. Die daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Folgen müßten im Sinne einer gestärkten nationalen Solidarität gemeinsam getragen werden.

In dem Papier der Arbeitsgruppe der beiden Akademien werden auch die *Gründe* für das Plädoyer einer gradualistischen Abrüstungsstrategie und die einzelnen konkreten Schritte einer solchen Strategie ausführlich dargestellt.

Erster Grund: Die Autoren gehen davon aus, daß im Prozeß des Wettrüstens im Sinne des gegenseitigen Gleichgewichts zwar eine gewisse Folgerichtigkeit, aber keine Vernunft mehr innewohne. Wer seiner Sicherheitspolitik das Prinzip des militärischen Gleichgewichts zugrunde lege, verkenne, daß beide Seiten unter Gleichgewicht etwas ganz Verschiedenes verstehen und bleibe die Erklärung schuldig, warum das Wettrüsten trotz aller Rationalität des erstrebten Gleichgewichts weitergehe. *Sicherheitspolitik, verstanden als Abschreckung*, ist für die Verfasser des Papiers kein taugliches Konzept mehr. Dieses habe, so wird argumentiert, einen begrenzten Sinn gehabt, solange die Atomwaffen Vernichtungswaffen waren, die sich nicht auf Einzelziele richten ließen, sondern ein großes Gebiet vollständig zerstörten. Denn wer diese Waffen als erster einsetzte, leitete damit auch seine eigene Zerstörung ein. In der Weise habe die „Garantie wechselseitiger Vernichtung“ einige Zeit einen „Atomfrieden“ bewirkt. Gegenwärtig aber gerate diese Konzeption in immer größere Widersprüche: Widersprüchlich sei der Versuch, angesichts der schon erreichten Fähigkeit zum

vielfachen Overkill durch weiter erhöhte Vernichtungspotentiale abzuschrecken. Widersprüchlich sei es auch, den Gegner mit dem Einsatz von Waffen zu drohen, die uns selbst ebenso wie ihn vernichten müßten.

Unglaublich sei die gegenwärtige Konzeption der Abschreckung durch die neuere Entwicklung der gesamten militärischen Lage geworden. Diese entziehe der Kriegsverhütung durch Abschreckung die Grundlage. Denn gegenüber der Zeit der „Pax atomica“ hätten die atomaren Systeme beider Seiten entscheidend an Zielgenauigkeit gewonnen. Die neue Generation der Mittel- und Langstreckenraketen-systeme lasse sich auf Punktziele – militärische, wirtschaftliche, nachrichtenstrategische – einsetzen und das heiße, aus politischen Waffen der Kriegsverhütung seien wieder militärische *Waffen der Kriegsführung* geworden, die dem, der sie zuerst einsetze, einen möglicherweise kriegsentscheidenden Vorteil verspreche. Krieg als Mittel der Ausschaltung eines Gegners sei so wieder denkbar geworden.

Zweiter Grund: Die Verfasser lassen ein *tiefes Mißtrauen gegenüber der Wirksamkeit bisheriger und möglicher künftiger Abrüstungsgespräche* erkennen. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, so lautet eine ihrer Grundaussagen, begründe kein Vertrauen darauf, daß künftige Verhandlungen bessere Ergebnisse erbringen könnten als die bisherigen. Die Autoren des Papiers möchten zwar das Gewicht solcher Verhandlungen nicht unterschätzen. Diese seien nicht einfach überflüssig, sondern blieben eine wichtige Plattform für Gespräche zwischen gegnerischen Lagern. Aber als Instrumente zur Beendigung des Wettrüstens seien sie nach den bisherigen Erfahrungen untauglich. Die bisherigen Salt-Verhandlungen seien mit Ausnahme des Vertrags über die Begrenzung der Raketen-Abwehr-Waffen (ABM) eher eine *„kontrollierte Aufrüstungspolitik“* denn Abrüstungspolitik gewesen, denn in ihnen habe man fast nur Begrenzungen *oberhalb* der vorhandenen Kapazitäten vereinbart. Zudem habe man nur Quantitäten (Stückzahlen)

festgelegt, während die Qualität der Waffen, ihre Treffsicherheit, Stärke und Unverwundbarkeit davon unberührt bleibe. Dabei gebe es sogar Grund zur Annahme, „daß die Einigung auf quantitative Grenzen die so folgenreiche qualitative Weiterentwicklung geradezu gefördert habe und ebenso eine verstärkte Rüstung in den sogenannten Grauzonen, also bei jenen Waffen, die nicht Gegenstand der Verhandlungen waren“.

Der dritte Grund: Die Verfasser des Papiers halten den *Begriff des Gleichgewichts* als militärstrategische Grundlage der Friedenssicherung für nicht mehr tauglich. Wann Gleichgewicht bestehe, sei eine *Frage der Deutung*. Ungleichgewicht lasse sich immer begründen und damit die Rüstungsspirale wieder in Gang setzen. Die beiden Supermächte USA und UdSSR hätten zwar immer wieder ihre Bereitschaft zu einer paritätischen Rüstungsbegrenzung erklärt, aber in ihrem tatsächlichen Rüstungsverhalten würden sie bis heute auf Überlegenheit ihrer Waffensysteme und auf das Ziel einer effektiven Erstschlagkapazität nicht verzichten.

Von der eingangs beschriebenen Grundkonzeption und den hier genannten Begründungen her ist es klar, daß sich die Autoren des Papiers sehr entschieden gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und damit, ohne ihn zu nennen, gegen den NATO-Doppelbeschluß wenden. Gerade die neue Generation von im Angriff fast unverwundbaren Mittelstreckenraketen, die uns vor der russischen Überlegenheit schützen sollten, erhöht nach Meinung der Verfasser gleichzeitig die Gefahr eines russischen Erstschlages und setze damit Westeuropa einer erhöhten Kriegsgefahr aus. Diese Gefahr für Europa wird um so höher gewertet, als die Zerstörung des Kontinents nicht notwendig in ein weltweites atomares Inferno münden müsse. Die USA und die UdSSR würden sehr genau prüfen, ob sie ihre Interkontinentalwaffen gegen das Heimat-Territorium des Gegners einsetzen und damit dessen Gegenschlag auf ihr eigenes Gebiet auslösen wollen.

Soweit die Grundlinien des Papiers. Man wird ihm attestieren müssen, daß es sich um saubere Argumentation und auch um eine zutreffende Darstellung der Gegenpositionen bzw. des von der NATO und von der Bundesregierung vertretenen Konzepts der Abschreckungs- und Gleichgewichtsstrategie bemüht. Als problematisch erweist sich an dem Papier, von militärstrategischen Einzelfragen abgesehen, das Grundkonzept und zwar vor allem aus zwei Gründen:

1. Natürlich sind mit dem Konzept der Abschreckung und des Gleichgewichts eine Reihe von Ermessens- und Einschätzungsfragen verbunden, wo man gut dafür oder dagegen argumentieren kann. Es ist aber zu fragen, ob einseitige Schritte nichtausgehandelter Abrüstung überhaupt ein gangbarer Weg sind. Ermuntern sie den Gegner nicht, daraus wenigstens politische Vorteile zu ziehen? Man kann sich fragen, ob eine Strategie der Vorgaben, angewandt in der Erwartung, daß durch die erhöhte eigene Glaubwürdigkeit der Gegner veranlaßt wird, darauf einzugehen und ähnliche Schritte folgen zu lassen, rationaler ist als ein *in Verhandlungen angestrebtes relatives Gleichgewicht*, das ja ein Stückweit auch mitgarantiert, daß die Gegner miteinander im Gespräch bleiben. Durch einseitige Schritte besteht wohl doch die Gefahr, daß nicht nur Gesprächspositionen unterlaufen, sondern Gespräche und Verhandlungen selbst scheinbar überflüssig gemacht werden.

2. Das Grundkonzept scheint neben vielem anderen aber nicht zuletzt auch dadurch verdorben zu werden, daß Angst zwischen gegnerischen Blöcken gewissermaßen zum *Kriterium* einer Friedensstrategie gemacht wird, während es doch eigentlich unbestritten sein dürfte, daß die Offenlegung von Ängsten im eigenen Bereich wie in dem des Gegners eine der wesentlichen *Voraussetzungen* für eine mögliche Friedenssicherung ist. Unterschwellig wird aber in diesem Papier wie in vielen verwandten die tatsächlich vorhandene Kriegsangst als Argumentationshilfe zur Unterbauung des eigenen Standpunktes benutzt.

Nicht minder problematisch erscheint die Art und Weise, wie die *politischen Rahmenbedingungen* einer möglichen Abrüstungsstrategie dargestellt bzw. eingeschätzt werden. Das gilt vor allem für die Charakterisierung des westlichen Bündnisses. Natürlich sind die Interessen der USA und der europäischen Partner innerhalb der NATO nicht einfach deckungsgleich. Das Papier mag auch nicht unrecht mit der These haben, daß die Gefahr eines begrenzten Konflikts, dessen Schlachtfeld Europa wäre, eher gewachsen ist. Dennoch ist die Gefahr einer kriegerischen Ost-West-Auseinandersetzung plausibel nur abwendbar, wenn Einigkeit im westlichen Bündnis besteht, auch wenn diese Einigkeit doch wieder auf das Konzept der Abschreckung bzw. eines vergleichbaren Gleichgewichts zwischen Ost und West hinausläuft.

Dasselbe gilt aber auch für die *Kennzeichnung des Ost-West-Konflikts* wie für die Einordnung des Ost-West-Konflikts in das gesamte Weltgeschehen. Niemand wird leugnen, daß (auch) die östliche Seite Angst vor dem Westen hat, aber demokratische und totalitäre Systeme lassen sich in bezug auf das jeweils eigene Friedensinteresse nun einmal nicht einfach miteinander vergleichen. Wer einseitig abrüstet, nimmt in der konkreten Situation in Kauf, daß die andere Seite die sich daraus ergebenden Vorteile politisch nutzt. Dadurch würde Europa gegenüber der Sowjetunion in der Tat erpreßbar. Im übrigen wäre natürlich eine Fixierung auf den Ost-West-Konflikt von Übel, wenn darüber der Nord-Süd-Konflikt in Vergessenheit gerät oder verdrängt wird. Aber es geht wohl doch nicht an, Probleme des Nord-Süd-Konflikts einfach neben den Ost-West-Konflikt zu stellen mit dem Argument, die aus dem Nord-Süd-Konflikt sich ergebenden Probleme ließen sich ohnehin mit Si-

cherheitspolitik nicht lösen. Wenn man sich gegen diese Risiken militärisch nicht schützen kann, heißt das noch nicht, daß man sich gegen Risiken, die von einem militärischen Gegner kommen, nicht schützen muß.

Bedenklich erscheint nicht zuletzt die Art und Weise, wie von den Verfassern des Papiers das *Friedensmandat der Kirchen* interpretiert wird. Sicher ist es richtig, daß die Kirchen in Sachen Frieden und Abrüstung es nicht mit Predigt und Gebet bewenden lassen dürfen, sondern zu konkreter Arbeit für den Frieden verpflichtet sind. Aber ob tatsächlich das Friedensmandat der Kirchen sich darauf erstreckt, daß diese Bürger und Politiker, die sich um Abrüstung und Sicherheit bemühen, bei ihren konkreten Schritten zu begleiten haben, läßt sich bezweifeln. Richtig ist auch, daß sich die Kirchen nicht nur auf allgemeine Deklamationen beschränken dürfen, sondern sich sachkundig auch in Detailfragen machen müssen. Aber sind die Kirchen nicht besser daran, wenn sie Sachverständigkeit oder sachverständige Begleitung dazu benutzen, um dort, wo es um wirkliche Grundsatzfragen geht, die in ihrer Kompetenz liegen, auch ein wirklich kompetentes Wort mitreden zu können. Natürlich sollen Kirchen auch Foren anbieten, wo Menschen mit gegensätzlicher Meinung in Friedens- und Abrüstungsfragen miteinander ins Gespräch kommen, aber die Kirchen könnten sich auch überfordern und ihren eigenen Auftrag verdunkeln, wenn sie diesen so verstünden, als ob es in erster Linie überall darauf ankäme, allein zwischen verschiedenen Gruppierungen zu vermitteln oder dafür zu sorgen, daß auch Minderheitsmeinungen hinreichend zum Tragen kommen. Das ist doch wohl nicht in erster Linie Aufgabe der Kirchen, sondern des politischen Prozesses insgesamt.

D. S.

## Touristen in der Dritten Welt: besser als ihr Ruf?

In einem oberbayerischen Dorf zog vor einem Jahr gerade die Fronleichnamprozession durch die Straßen, als

plötzlich zwei als Papua und Eskimo gekleidete Männer aus einer Seitengasse sprangen, auf die Prozession zu-